

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 20.07.2016 im Großen Saal des  
Bürgerhauses Neuer Markt, Bühl, Europaplatz,

Sitzungsdauer: 17:00 Uhr bis 19:45 Uhr

-----

### Anwesend sind:

#### **Vorsitzender**

Oberbürgermeister Hubert Schnurr

#### **Gremiumsmitglied**

Stadträtin Barbara Becker

Stadtrat Stefan Böckeler

Stadträtin Dr. Margret Burget-Behm

Stadtrat Prof. Dr. Karl Ehinger

Stadtrat Franz Fallert

Stadtrat Daniel Fritz

ab 19:10 Uhr anwesend

Stadtrat Oswald Grißtede

Stadtrat Peter Hirn

Stadtrat Lutz Jäckel

Stadtrat Hans-Jürgen Jacobs

Stadtrat Patric Kohler

Stadtrat Ludwig Löschner

Stadtrat Manfred Müller

Stadtrat Ulrich Nagel

Stadtrat Michael Nock

Stadtrat Hubert Oberle

Stadtrat Walter Seifermann

Stadtrat Peter Teichmann

Stadtrat Johannes van Daalen

Stadtrat Thomas Wäldele

Stadträtin Dr. Claudia Wendenburg

Stadtrat Jörg Woytal

Stadtrat Norbert Zeller

Stadträtin Ursula Zink-Ohnemus

#### **Ortsvorsteher**

Ortsverwaltung Neusatz, Wolfgang Bohnert

Ortsverwaltung Weitenung, Daniel Fritz

ab 19:10 Uhr anwesend

Ortsverwaltung Eisental, Jürgen Lauten

Ortsverwaltung Altschweier, Manfred Müller

Ortsvorsteher Vimbuch, Manuel Royal

#### **Verwaltung**

Erster Beigeordneter, Wolfgang Jokerst

Bürgerservice-Recht-Zentrale Dienste,

Martin Bürkle

Finanzen, Johanna Balaskas

Bildung-Kultur-Generationen, Klaus Dürk

Stadtentwicklung, Bauen, Immobilien,

Wolfgang Eller

Personal und Organisation, Jutta Luft  
Beteiligungsmanagement, Jörg Zimmer  
Revision, Thomas Bauer  
Rechts- und Ausländerwesen, bis 19:00 Uhr anwesend  
Elisabeth Beerens

Zentrale Dienste, Reinhard Renner  
Projektsteuerung und Administration,  
Daniel Back  
Wirtschafts- und Strukturförderung/Baurecht,  
Corina Bergmaier  
Wirtschafts- und Strukturförderung, bis 17:55 Uhr anwesend  
Michaela Kaiser

Ordnungsamt, Andreas Bohnert  
Feuerwehr, Günter Dußmann bis 19:15 Uhr anwesend  
Finanz- und Rechnungswesen, bis 19:25 Uhr anwesend  
Albert Gärtner

Städtische Verwaltungsstelle Balzhofen, bis 19:15 Uhr anwesend  
Thomas Haunß

Hochbau, bis 19:15 Uhr anwesend  
Daniel Schäfer  
Stadtentwicklung, Barbara Thévenot

#### **Stadtwerke Bühl GmbH**

Geschäftsführer Rüdiger Höche  
Geschäftsführer Reiner Liebich

#### **Gäste**

Herr Ehlgötz, zu TOP 4 anwesend

Herr Brücklmeier, zu TOP 6 anwesend

**Zuhörer/innen** 23

**Pressevertreter** 4

#### **Entschuldigt fehlen:**

#### **Gremiumsmitglied**

Stadtrat Bernd Broß  
Stadtrat Timo Gretz

## **Tagesordnung**

1. Bürgerfragestunde
2. Verpflichtung von Stadtrat Norbert Zeller
3. Besetzung der Ausschüsse und der weiteren Gremien, in denen Mitglieder des Gemeinderats beteiligt sind, aufgrund des Ausscheidens von Stadtrat Dr. Jan Ernest Rassek
4. Institutionelle Weiterentwicklung der TechnologieRegion Karlsruhe
5. 1. Finanzbericht 2016
6. Bebauungsplan „Feuerwehrgerätehaus“ in Bühl-Balzhofen;
  - a) Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
  - b) Satzungsbeschluss
7. Vorstellung Neubau Feuerwehrgerätehaus Bühl-West
8. 2. Änderung des Bebauungsplanes „Krämersbühn-Auf der oberen Allmend-Heizler“,
  - a) Aufstellungsbeschluss
  - b) Städtebaulicher Vorvertrag
  - c) Entwurfsbilligung und Offenlagebeschluss
9. Verabschiedung der Bewertungs- und Bilanzierungsrichtlinie zur Erstellung der Eröffnungsbilanz der Stadt Bühl nach NKHR ab 2012
10. Aufnahme eines Darlehens für den Stadthaushalt bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
11. IKZ Breitbandprojekt Mittelbaden - Anschluss des Gewerbegebietes Süd - Vergabe der Arbeiten für die Errichtung des Netzes
12. Teileinziehung eines Teilstücks des Rosenwegs (Flst.Nr. 8326/8) zwischen Kappelkellerstraße und Friedhofweg;  
Abschluss einer Vereinbarung mit der UHU GmbH & Co. KG
13. Tullaschule Vimbuch, Fenstersanierung;  
Vergabe der Verglasungsarbeiten
14. Aloys-Schreiber-Schule;  
Vergabe der schulischen Ausstattung für den Erweiterungsbau
15. Sanierungsrechtliche Genehmigung gemäß § 145 BauGB i. V. m.  
§ 9 der Hauptsatzung der Stadt Bühl;  
Neubau eines Einfamilienhauses mit Doppelgarage in Bühl-Neusatz, Im Schlosswinkel
16. Annahme von Spenden/Zuwendungen im 2. Quartal 2016
17. Berichte und Anfragen



**Oberbürgermeister Schnurr eröffnet die Sitzung und stellt die entschuldigten Mitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.**

### **TOP 1: Bürgerfragestunde**

Eine Bürgerin bemängelt die Zustände in der Stadt hinsichtlich der Pflege von Beeten, z.B. im Stadtgarten, oder auch hinsichtlich des Grasbewuchses auf öffentlichen Flächen, z.B. beim Bürgerhaus Neuer Markt.

Oberbürgermeister Schnurr erwidert, dass die Problematik bekannt ist, dass es aber in diesem Jahr auf Grund der Witterung sowie aber auch auf Grund personeller Engpässe schwierig ist, den Arbeiten überall in zufriedenstellender Weise nachzukommen. Man ist aber bemüht, es organisatorisch auf die Reihe zu bekommen. Vorrang haben aber natürlich auch z. B. Wiesenflächen bei Kindertageseinrichtungen, die zur Sicherheit für die spielenden Kinder regelmäßig gemäht werden müssen, weshalb die Mitarbeiter des Stadtbauhofes an den anderen Flächen in der Tat nicht so häufig anzutreffen sind. Im Übrigen erhält er auch immer wieder Hinweise auf schlechte Zustände auf den Friedhöfen, die auch seitens der Stadt gepflegt werden müssen.

Eine Bürgerin beklagt das Verhalten von Campern beim Friedhof, die nicht nur dort ihr Wohnmobil abgestellt haben, sondern sich auch so benehmen, dass sich Friedhofsbesucher gestört fühlen.

Herr Bohnert, Ordnungsamt, erklärt, dass die Angelegenheit am kommenden Freitag erledigt sein wird.

### **TOP 2: Verpflichtung von Stadtrat Norbert Zeller**

Oberbürgermeister Schnurr spricht die nach der Gemeindeordnung vorgesehene Verpflichtungsformel wie folgt vor:

„Ich gelobe Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte der Stadt gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und das ihrer Einwohner nach Kräften zu fördern.“

Stadtrat Zeller bekräftigt die Verpflichtung durch Nachsprechen der Worte „ich gelobe“.

Die Niederschrift über die Verpflichtung ist der Sitzungsniederschrift als Anlage beigefügt.

### **TOP 3: Besetzung der Ausschüsse und der weiteren Gremien, in denen Mitglieder des Gemeinderats beteiligt sind, aufgrund des Ausscheidens von Stadtrat Dr. Jan Ernest Rassek**

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt folgende Neubesetzungen der Gremien mit Gemeinderatsbeteiligung:

Stadtrat Jäckel wird als Mitglied im Verwaltungsausschuss, Rechtsausschuss und Arbeitskreis Haushalt sowie als stellvertretendes Mitglied im Kultur- und Sozialausschuss und Beirat Erich-Burger-Heim gewählt.

Stadtrat Böckeler wird als Mitglied im ständigen Umlegungsausschuss, Stiftungsvorstand

Naturschutzstiftung Waldhagenich und Beirat Erich-Burger-Heim sowie als stellvertretendes Mitglied im Verwaltungsausschuss und Gemeinsamen Ausschuss für die Verwaltungsgemeinschaft Bühl – Ottersweier gewählt.

Stadtrat Zeller wird als Mitglied im Kultur- und Sozialausschuss, Gemeinsamen Ausschuss für die Verwaltungsgemeinschaft Bühl – Ottersweier, in der Arbeitsgruppe Verkehr/Radverkehr, Arbeitsgruppe Abfall, im Arbeitskreis Kindertageseinrichtungen und Aufsichtsrat der Stadtwerke Bühl GmbH sowie als stellvertretendes Mitglied im Technischen Ausschuss und Wald- und Landwirtschafts- und Umweltausschuss gewählt.

### **Wahlergebnis: Einstimmiger Beschluss (24 Ja-Stimmen)**

#### **TOP 4: Institutionelle Weiterentwicklung der TechnologieRegion Karlsruhe**

Oberbürgermeister Schnurr geht auf den Hintergrund der Vorlage ein.

Anschließend präsentiert der Geschäftsführer, Herr Ehlgötz, die vorgesehene Weiterentwicklung der TechnologieRegion Karlsruhe. Danach geht er auf Fragen aus der Mitte des Gemeinderates ein.

Aus allen Fraktionen kommt Zustimmung zum Beschlussvorschlag, jedoch wird auch Wert darauf gelegt, dass die Stadt Bühl als Randgemeinde dieser Region nicht das Gefühl hat, gegenüber dem Zentrum zu kurz zu kommen.

Oberbürgermeister Schnurr sagt Stadträtin Dr. Burget-Behm zu, in den Beschlussvorschlag aufzunehmen, dass regelmäßig über die Arbeit der TechnologieRegion Karlsruhe und auch über den Nutzen für Bühl berichtet wird.

#### **Beschluss:**

1. Der Gemeinderat befürwortet die Weiterentwicklung der TRK auf der Grundlage des von der TRK-Gesellschafterversammlung am 18.12.2015 beschlossenen Modells.
2. Der Gemeinderat beschließt eine Beteiligung der Stadt Bühl als Gesellschafter an der künftigen TRK GmbH auf der Grundlage des heute beratenen Gesellschaftervertrages und der Geschäftsordnung. Die Stadt Bühl beteiligt sich an der Gesellschaft mit einer Einlage von 1.200 Euro.
3. Der Gemeinderat stimmt der Auflösung der TRK GbR zu, vorbehaltlich der Gründung der TRK GmbH.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beschlüsse 1-3 umzusetzen und darüber zu berichten. Ferner wird in regelmäßigen Abständen über die Arbeit der TechnologieRegion Karlsruhe und den Nutzen für Bühl berichtet.

### **Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (24 Ja-Stimmen)**

## **TOP 5: 1. Finanzbericht 2016**

Oberbürgermeister Schnurr trägt den als Anlage beigefügten 1. Finanzbericht 2016 vor.

## **TOP 6: Bebauungsplan „Feuerwehrgerätehaus“ in Bühl-Balzhofen;**

- a) **Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange**
- b) **Satzungsbeschluss**

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger erklärt, dass das neue Feuerwehrgerätehaus dem Gemeinwohl dient. Der Standort ist nach Aussage des Kommandanten optimal. Deshalb spricht sich die gesamte FW-Fraktion, also auch er, für die Verwirklichung des Gerätehauses an diesem Standort aus. Dieses Gemeinwohl wird bei den beiden Mischgebieten MI 1 und MI 2 nicht gesehen. Mehrfach steht in den Unterlagen, dass diese Gebiete aus planungsrechtlicher Sicht nicht bebaubar sind. Im Flächennutzungsplan sind sie als landwirtschaftlich genutzte Flächen ausgewiesen. Dieser darf zwar angepasst, aber in den Grundentscheidungen nicht geändert werden. Ferner weist er darauf hin, dass auf eine betroffene Familie Erschließungsbeitragskosten in Höhe von 185.000 Euro sowie noch weitere Kosten im Zusammenhang mit der Erschließung zukommen. Letztlich muss die Familie mit über 300.000 Euro in Vorleistung gehen. Er geht auch auf die Stellungnahme der Verwaltung zu dieser Thematik ein. Die Sorgen der Bürger werden seiner Meinung nach nicht angemessen bewertet. Die betroffene Familie hat bereits schriftlich zum Ausdruck gebracht, dass sie sich in ihrer finanziellen Existenz bedroht sieht. Er fragt, ob und wie man der Familie helfen kann, z.B. durch Erlass dieser Kosten, und auch, wie das Feuerwehrgerätehaus erschlossen wird.

Oberbürgermeister Schnurr erwidert, dass der Flächennutzungsplan die Grundlage für die städtebauliche Entwicklung bildet. Er ist nicht parzellenscharf und deshalb ausformbar. Hier bewegt man sich im zulässigen Rahmen, was auch rechtlich geklärt wurde. Erschließungskosten entstehen erst dann, wenn gebaut wird, also wenn die Straße komplett fertiggestellt ist. Er betont die erhebliche Wertsteigerung für die Familie, wenn aus Wiesengelände Baugebäude wird. Die Stadt wäre auch bereit, Flächen zum Preis von Rohbauland aufzukaufen. Beim Erschließungsbeitragsrecht gibt es kein Ermessen und es kann durchaus sein, dass auch schon bebaute Grundstücke herangezogen werden. Die geplante Straße ist nicht für die Erschließung des Feuerwehrgerätehauses erforderlich, sondern lediglich für die rückwärtige Wohnbebauung.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger führt weiter aus, dass kein weiterer Bedarf für Wohnbebauung besteht und genau diese Fläche deshalb herausgenommen wurde. Er stellt den Antrag, die Mischgebiete MI 1 und MI 2 aus dem Bebauungsplan zu streichen, ebenso wie die Erschließungsstraße, da sie nicht für das Feuerwehrgerätehaus benötigt wird. Die Flächen verbleiben wir bisher als landwirtschaftlich genutzte Flächen. Als Vorteile seines Antrages betont er, dass das Feuerwehrgerätehaus ohne Einschränkung gebaut werden kann und dass für die tangierten Grundstückseigentümer keine Erschließungskosten anfallen. Die Bebauung des großen Grundstücks obliegt alleine dem Grundstückseigentümer.

Oberbürgermeister Schnurr erwidert, dass man in diesem Fall zwei Innenbereichsinseln schaffen würde, die nach § 34 BauGB zu beurteilen sind, d.h. unter Umständen könnte das gravierendere Auswirkungen haben.

Stadträtin Becker erklärt, dass sie sich dem Antrag von Stadtrat Prof. Dr. Ehinger anschließt und bringt noch als weiteren Aspekt die Hochwasserproblematik ein. Sie betont die Wichtigkeit nicht versiegelter Flächen im Hochwasserbereich. Insgesamt sind für sie noch viele Fragen offen, für die verbindliche Antworten noch ausstehen. Zeit dafür wäre genug gewesen, die man nicht entsprechend genutzt hat.

Oberbürgermeister Schnurr betont, dass es sich um eine Planung handelt. Die mit dem großen Grundstück betroffene Familie allein entscheidet, wann sie die Fläche bebaut. Vorher wird die Stadt keine Erschließungsstraße bauen. Bei den beiden anderen Gebieten handelt es sich überwiegend um städtische Flächen, welche auch brachliegendes städtisches Kapital bedeuten. Den Bedarf an Wohnbauflächen in Balzhofen sieht er sehr wohl.

Stadtrat Grißtede äußert sich in ähnlicher Richtung und betont, dass man mit diesem Bebauungsplan die Zukunft der Entwicklung in Balzhofen absichert, weshalb er sich dafür ausspricht, den Bebauungsplan wie vorgeschlagen zu beschließen.

Stadtrat Seifermann erklärt, dass es Sinn macht, auch das restliche Gebiet zu überplanen, da man damit mehr Rechtssicherheit hat als bei Fällen des § 34 BauGB. Solange das Gebiet nicht erschlossen wird, fallen auch keine Erschließungskosten an. Er betont im Übrigen auch, dass die Umwandlung von Ackerland in Bauland eher finanzielle Vorteile für die Betroffenen bringt.

Stadträtin Dr. Burget-Behm sieht dagegen schon die Belastung für die betroffene Familie und hofft deshalb auf das Zutreffen der Aussage, dass keine Erschließungskosten anfallen, wenn die Familie nicht verkauft oder selbst hinsichtlich einer Bebauung initiativ wird. Insoweit hat es die Familie in der Hand, was sie machen möchte und wann sie bereit ist, die Erschließungskosten zu bezahlen.

Auf ihre Fragen antwortet Oberbürgermeister Schnurr, dass die bisher verlaufende Straße für die Erschließung der städtischen Grundstücke reicht, sodass der weitere Straßenverlauf nur der Erschließung des großen Grundstücks der betroffenen Familie dient. Er bestätigt nochmals, dass man diese Straße erst bauen wird, wenn die Familie aktiv wird. Vorher werden damit auch keine Erschließungskosten fällig. An den Erschließungsbeiträgen an sich kommt man zwar nicht vorbei, aber es ist Sache der Stadt, wann sie die entsprechende Baumaßnahme durchführt.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger betont, dass sein Antrag nicht dieses große Grundstück umfasst. Er führt weiter aus, dass die Wohngebäude nach der vorliegenden Planung deutlich höher werden können als die Umgebungsbebauung, wie es für Fälle des § 34 BauGB relevant wäre.

Stadtrat Jäckel findet es richtig, diesen Bebauungsplan zu machen, und sichert die Zustimmung der FDP-Fraktion zum Beschlussvorschlag zu.

Stadtrat Oberle betont, dass ein Bebauungsplan Planungssicherheit bringt, weshalb man ihn beschließen sollte. Getrennt davon ist die Erschließung zu sehen, deren Durchführung ebenfalls Sache des Gemeinderats ist. Mit der klaren Aussage, dies erst zu machen, wenn die betroffene Familie in Sachen Bebauung aktiv wird, sieht er kein Problem im Raum stehen.

Stadträtin Becker erklärt, dass es ihr um eine Sicherheit für die betroffene Familie geht. Wenn die Stadt die Maßnahme durchzieht, könnte die Familie z.B. gezwungen sein, Flächen zu verkaufen.

Oberbürgermeister Schnurr stellt nochmals klar, dass natürlich der Gemeinderat den Zeitpunkt der Baumaßnahme der Erschließungsstraße bestimmt, indem er die Planung beschließt und die Mittel im Haushalt bereitstellt. Jedoch wird sicherlich kein Gemeinderat eine Erschließung bauen, an der danach keine Wohnbebauung hängt. Indirekt bestimmt damit also doch die Familie den Zeitpunkt der Baumaßnahme. Sie hat auch vollkommen die Aufteilung ihres Grundstücks zu Wohnbauzwecken in der Hand.

Stadtrat Fallert geht auf die Diskussion im Technischen Ausschuss ein, wonach dort andere Aussagen als heute getätigt wurden.

Oberbürgermeister Schnurr geht auf seine damaligen Äußerungen ein und klärt den vermeintlichen Widerspruch zu den heutigen Aussagen auf.

Stadtrat Nagel sieht in der Tat keine Sicherheit für die Familie, dass die Erschließungsstraße nicht gebaut wird. Trotzdem möchte er die heutigen Aussagen festhalten und beantragt, eine entsprechende Absichtserklärung zu beschließen, dass diese Straße erst bei Bauabsichten erstellt wird.

Stadträtin Dr. Burget-Behm sichert ihre Unterstützung zu und wünscht eine Ergänzung in der Begründung bei dem Passus über die verkehrliche Anbindung dergestalt, dass ausdrücklich aufgeführt wird, dass dieser Weg nur in Abhängigkeit der tatsächlichen Bebauung des betroffenen Grundstücks bebaut wird.

Oberbürgermeister Schnurr erwidert, dass die Begründung nicht rechtsverbindlich ist und er sich eher diese Absichtserklärung vorstellen könnte.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger geht im Zusammenhang mit Wohnraum auf den Unterschied zwischen Bedarf und Nachfrage ein.

Auf seine entsprechende Nachfrage betont Oberbürgermeister Schnurr, dass bei Ablehnung seines Antrags im Moment auf die Altanlieger der Gebiete MI 1 und MI 2 keine Erschließungskosten zukämen, da die Straße jetzt noch nicht gebaut wird. Für Neubauten in diesen beiden Bereichen wäre die Erschließung auch ohne Fertigstellung der Straße gesichert, hier würde man aber die Erschließungskosten im Kaufvertrag ablösen.

Stadtrat Grißtede betont, dass letztlich jeder einmal Erschließungskosten bezahlen muss, es sei denn, er hat das Glück und liegt an einer historischen Straße. Er kann sich aber dem Vorschlag von Stadtrat Nagel und Stadträtin Dr. Burget-Behm anschließen, klar zu formulieren, dass dort nur erschlossen wird, wenn ein Bauwunsch besteht.

Für Stadtrat Seifermann ist klar, dass man nicht erschließt, wenn kein Bauwunsch besteht, insoweit braucht man keine entsprechende Absichtserklärung. Er wiederholt nochmals, dass es grundsätzlich keine finanzielle Belastung ist, wenn aus einem landwirtschaftlichen Gelände Bauland wird, da es damit viel mehr Wert hat.

Oberbürgermeister Schnurr erklärt, dass man jetzt zu den Abstimmungen kommt, nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen.

Herr Bürkle, Bürgerservice – Recht – Zentrale Dienste, formuliert nochmals den Antrag von Stadtrat Prof. Dr. Ehinger: „Streichung der Gebiete MI 1 und MI 2 aus dem Bebauungsplan. Die Flächen sollen wie im Flächennutzungsplan dargestellt erhalten werden, d.h. es entsteht ein kleiner Außenbereich im Innenbereich. Die im Bebauungsplan ausgewiesene Erschließungsanlage soll nicht festgesetzt werden.“

Oberbürgermeister Schnurr weist nochmals darauf hin, dass die beiden Flächen bei Annahme des Antrages als Innenbereich gelten, also nach § 34 BauGB zu bebauen sind.

Über den **Antrag von Stadtrat Prof. Dr. Ehinger** wird abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung**

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Herr Bürkle formuliert nochmals den Antrag von Stadtrat Nagel: „Der Gemeinderat erklärt die Absicht, dass die Erschließungsstraße erst dann gebaut wird, wenn die Eigentümer des im Bebauungsplan rot dargestellten Grundstücks (WA) eine Bebauung anstreben.“

Über den **Antrag von Stadtrat Nagel** wird abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 5 Stimmenthaltungen**

Der Antrag ist damit angenommen.

Nachdem sein Antrag abgelehnt wurde, möchte Stadtrat Prof. Dr. Ehinger die Debatte über den Bebauungsplan fortführen und erklärt, dass er weitere Anträge stellen möchte.

Oberbürgermeister Schnurr erklärt dagegen, dass man jetzt unmittelbar ohne weitere Diskussion zur Abstimmung über den Beschlussvorschlag kommt.

Daraufhin erklärt Stadtrat Prof. Dr. Ehinger, dass er an der Beschlussfassung nicht teilnehmen wird, was Oberbürgermeister Schnurr so zur Kenntnis nimmt.

Ein Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Debatte von Stadtrat Wäldele erübrigt sich, da diese bereits vor Beginn der Abstimmungen beendet war.

**Beschluss:**

- a) Der Gemeinderat beschließt die vorgebrachten Stellungnahmen unter Abwägung öffentlicher und privater Belange gemäß der aufgeführten Stellungnahmen der Verwaltung.

**Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung**

- b) Der Gemeinderat beschließt den Bebauungsplan „Feuerwehrgerätehaus“ in Bühl-Balzhofen mit textlichen Festsetzungen, örtlichen Bauvorschriften und der Begründung mit Fachbeitrag Artenschutz vom 22. Juni 2016 als zusammengefasste Satzung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmiger Beschluss (23 Ja-Stimmen)**

**TOP 7: Vorstellung Neubau Feuerwehrgerätehaus Bühl-West**

Herr Brücklmeier vom beauftragten Büro stellt die Planungen des Neubaus des Feuerwehrgerätehauses vor.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger erklärt, dass es sich um ein funktionales Gebäude handelt, dass jedoch auch schön gestaltet werden muss. Darüber hinaus geht er auf die Hochwassergefahr in diesem Bereich ein, was ebenfalls berücksichtigt werden muss. Er betont auch, dass er sich freut, dass dieses Feuerwehrgebäude nach Balzhofen kommt.

Stadtrat Fritz nimmt an der Sitzung teil.

Oberbürgermeister Schnurr sagt zu, dass alle Gemeinderatsmitglieder die von Herrn Brücklmeier vorgestellten Pläne bekommen.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis.

## **TOP 8: 2. Änderung des Bebauungsplanes „Krämersbühn-Auf der oberen Allmend-Heizler“**

- a) **Aufstellungsbeschluss**
- b) **Städtebaulicher Vorvertrag**
- c) **Entwurfsbilligung und Offenlagebeschluss**

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger verlässt vorübergehend die Sitzung und nimmt an der Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt nicht teil.

Stadtrat Oberle geht auf den Hintergrund der Vorlage ein.

### **Beschluss:**

- a) Der Gemeinderat beschließt die Aufstellung der 2. Änderung des Bebauungsplanes „Krämersbühn - Auf der oberen Allmend - Heizler“ in Bühl-Neusatz zu fassen und den Bebauungsplan nach § 13 BauGB im vereinfachten Verfahren durchzuführen.
- b) Der Gemeinderat beschließt den Abschluss des städtebaulichen Vorvertrages.
- c) Der Gemeinderat billigt den Bebauungsplanentwurf mit textlichen Festsetzungen, Örtlichen Bauvorschriften und Begründung einschließlich des artenschutzrechtlichen Fachbeitrages vom 22. Juni 2016 und beauftragt die Verwaltung, die Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zu hören.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (24 Ja-Stimmen)**

## **TOP 9: Verabschiedung der Bewertungs- und Bilanzierungsrichtlinie zur Erstellung der Eröffnungsbilanz der Stadt Bühl nach NKHR ab 2012**

Frau Balaskas, Finanzen, erläutert die Vorlage näher. Vertreter aller Fraktionen bedanken sich für diese „Fleißarbeit“.

Stadträtin Dr. Wendenburg verlässt vorübergehend die Sitzung und nimmt an der Beschlussfassung über diesen und den nächsten Tagesordnungspunkt nicht teil.

Frau Balaskas bestätigt auf Nachfragen, dass es durchaus auch möglich ist, Änderungen in dieser Richtlinie vorzunehmen.

### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt die Bewertungs- und Bilanzierungsrichtlinie mit Wirkung zum 01.01.2012.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (24 Ja-Stimmen)**

## **TOP 10: Aufnahme eines Darlehens für den Stadthaushalt bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)**

Oberbürgermeister Schnurr betont, dass dieses Darlehen für den Bau des neuen Feuerwehrgerätehauses West ist.

Sowohl Stadtrat Hirn also auch Stadträtin Dr. Burget-Behm sichern Zustimmung zum Beschlussvorschlag zu.

Frau Balaskas, Finanzen, erläutert, warum man hier den Maximalbetrag von 2 Millionen Euro aufnehmen möchte.

Auf entsprechende Äußerungen von Stadtrat Böckeler geht sie auch auf die dreißigjährige Laufzeit ein.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger sichert ebenfalls die Zustimmung der FW-Fraktion zum Beschlussvorschlag zu.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt die Aufnahme eines Darlehens in Gesamthöhe von 2.000.000 € bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Berlin, zu folgenden Konditionen:

Laufzeit: 30 Jahre, 3 Jahre tilgungsfrei, 27 Jahre Tilgung  
Auszahlung: 100 %  
Zinssatz: 0,25 % (endgültige Festlegung bei Auszahlung)  
Tilgung: rd. 74 Tsd. € p.a. in ¼-Jahresraten zu 18.518 €

**Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (24 Ja-Stimmen)**

#### **TOP 11: IKZ Breitbandprojekt Mittelbaden - Anschluss des Gewerbegebietes Süd - Vergabe der Arbeiten für die Errichtung des Netzes**

Oberbürgermeister Schnurr teilt mit, dass Herr Benkeser, Klimaschutz und Energie, heute in Stuttgart aus der Hand des Ministers persönlich den Zuschussbescheid erhalten hat.

Stadtrat Grißtede zeigt sich überzeugt, dass sich die Sache erfolgreich entwickeln wird.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger freut sich ebenfalls und hofft, dass sich noch weitere anschließen und das Netz weiter ausgebaut werden kann.

Stadträtin Dr. Burget-Behm spricht von einer Investition in die Zukunft.

Oberbürgermeister Schnurr betont, dass schnelles Internet auf jeden Fall ein Standortvorteil ist.

Stadtrat Seifermann betont, dass es wichtig ist, dass hier die Stadtwerke beteiligt sind und ihre Kompetenz einbringen können.

Stadtrat Jacobs verlässt vorübergehend die Sitzung und nimmt an der Beschlussfassung über diesen und den nächsten Tagesordnungspunkt nicht teil.

Stadtrat Jäckel schließt sich den Äußerungen seiner Vorredner an und betont, dass diese Maßnahmen dringend erforderlich sind.

#### **Beschluss:**

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, der Stadtwerke Bühl GmbH den Auftrag zur Errichtung des Breitbandnetzes im Gewerbegebiet Süd in Bühl zu erteilen.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (24 Ja-Stimmen)**

**TOP 12: Teileinziehung eines Teilstücks des Rosenwegs (Flst.Nr. 8326/8) zwischen Kappelkellerstraße und Friedhofweg;  
Abschluss einer Vereinbarung mit der UHU GmbH & Co. KG**

Oberbürgermeister Schnurr geht auf den Hintergrund der Vorlage ein.

Auf Nachfrage von Stadträtin Dr. Burget-Behm nach einer möglichen Pacht für diesen Teil des Rosenwegs antwortet Herr Bohnert, Ordnungsamt, dass man zwar das Recht abgibt, diese Straße zu befahren, dafür aber das Recht erhält, den hinteren Parkplatz zu nutzen. Das was man bisher ungefragt gemacht hat, erhält man jetzt vertraglich zugesichert.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger dankt der Firma UHU dafür, dass sie einen Teil der Parkfläche für die Öffentlichkeit zur Verfügung stellt und diese Fläche auch für Feste genutzt werden darf.

Auf entsprechende Äußerung von Stadtrat Jäckel antwortet Herr Bohnert, dass man mit der Firma UHU auch schon über die Beschilderung gesprochen hat, dass man seitens der Firma jedoch die Schrankenanlage wünscht, womit die Sache geregelt ist.

**Beschluss:**

1. Der Gemeinderat stimmt der Teileinziehung des Rosenwegs (Flst.-Nr.8326/8) im Bereich der Flurstücke 6268 und 6269 zwischen der Kappelkellerstraße und dem Friedhofweg zu.
2. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung die Vereinbarung mit der UHU GmbH & Co. KG abzuschließen.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (24 Ja-Stimmen)**

**TOP 13: Tullaschule Vimbuch, Fenstersanierung;  
Vergabe der Verglasungsarbeiten**

Stadtrat Kohler bedankt sich, dass diese Maßnahme endlich umgesetzt wird.

Auf seine entsprechende Nachfrage bestätigt Oberbürgermeister Schnurr, dass die Vergabe eigentlich im Ortschaftsrat hätte stattfinden können, dies auf Grund der Terminierung jedoch jetzt im Gemeinderat gemacht wird.

Auch Stadtrat Prof. Dr. Ehinger findet die Maßnahme sehr sinnvoll.

Auf seine entsprechende Nachfrage erklärt Oberbürgermeister Schnurr, dass mit dieser Sanierung der Austausch der Fenster komplettiert wird.

**Beschluss:**

Die Firma BERMA Fensterbau GmbH, 77855 Achern, erhält den Auftrag für die Verglasungsarbeiten zum Angebotspreis in Höhe von brutto 39.093,88 €.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (25 Ja-Stimmen)**

**TOP 14: Aloys-Schreiber-Schule;  
Vergabe der schulischen Ausstattung für den Erweiterungsbau**

Herr Dürk, Bildung-Kultur-Generationen, geht auf die Vorlage inklusive Tischvorlage ein. Das Submissionsergebnis liegt rund 10 % unter der Kostenschätzung, so dass man jetzt nicht mehr unbedingt einen Gremiumsbeschluss gebraucht hätte, da die Vergabesumme

noch im Zuständigkeitsbereich des Oberbürgermeisters liegt. Der Vollständigkeit halber hat man jedoch auch dieses Gewerk nochmals in den Gemeinderat gebracht. Er betont, dass der vorgeschlagene Bieter schon mehrfach für die Stadt Bühl tätig war.

**Beschluss:**

Die Firma VS Vereinigte Spezialmöbelfabriken GmbH & Co KG, Tauberbischofsheim erhält den Auftrag zur Ausstattung des Erweiterungsbaus an der Aloys-Schreiber-Schule zum geprüften Gesamtpreis in Höhe von 35.799,96 €

**Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (25 Ja-Stimmen)**

**TOP 15: Sanierungsrechtliche Genehmigung gemäß § 145 BauGB i. V. m. § 9 der Hauptsatzung der Stadt Bühl; Neubau eines Einfamilienhauses mit Doppelgarage in Bühl-Neusatz, Im Schlosswinkel**

Stadtrat Oberle zeigt sich erfreut darüber, dass sich im Bereich „Im Schlosswinkel“ etwas tut.

**Beschluss:**

Der Gemeinderat erteilt die sanierungsrechtliche Genehmigung gemäß § 145 BauGB i. V. m. § 9 der Hauptsatzung der Stadt Bühl zu dem o.g. Vorhaben.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (25 Ja-Stimmen)**

**TOP 16: Annahme von Spenden/Zuwendungen im 2. Quartal 2016**

**Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt die in der Anlage zur Gemeinderatsvorlage einzeln aufgeführten Spenden / Zuwendungen gem. § 78 Abs. 4 GemO im Namen der Stadt Bühl an.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (25 Ja-Stimmen)**

**TOP 17: Berichte und Anfragen**

**Bekanntgabe des Oberbürgermeisters**

Schulbauförderung

Für den Ausbau der Aloys-Schreiber-Schule zur Gemeinschaftsschule hat die Stadt für die Erweiterung einen Landeszuschuss in Höhe von 669.000 € bekommen, was den Höchstsatz bedeutet.

**Autobahnlärm**

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger bezieht sich auf die letzte Einwohnerversammlung in Balzhofen, bei der es u.a. um den Autobahnlärm ging und die Frage aufgeworfen wurde, ob das am Fahrbahnbelag liegt. Er fragt nach dem Sachstand und weist darauf hin, dass im Bereich Baden-Baden längst Rillen in den Belag eingefräst wurden, was wohl zu einer deutlichen Lärmverringerung führt.

Oberbürgermeister Schnurr erklärt, dass man dieses Thema demnächst mit dem Regierungspräsidium besprechen wird und dass man sich hinsichtlich dieser Fräsung erkundigen

und ihm wieder Nachricht geben wird.

## **Leistungsschau**

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Böckeler antwortet Frau Bergmaier, Wirtschafts- und Strukturförderung, dass man derzeit eine Online-Befragung erarbeitet, die an alle Firmen geschickt wird, die bei der letzten Leistungsschau dabei waren.

Parallel dazu versucht man, in die einzelnen Gewerbegebiete hineinzugehen und dort zum Beispiel einen Tag der offenen Tür durchzuführen. Sie denkt, dass man nach der Sommerpause angesichts des Ergebnisses der Befragung etwas zu einer möglichen Leistungsschau im kommenden Jahr sagen kann.

## **Bericht zur Wirtschaftsförderung**

Stadtrat Kohler betont, dass ihm bei seiner letzten diesbezüglichen Anfrage im Gemeinderat versprochen wurde, dass der Bericht der Wirtschaftsförderung noch vor der Sommerpause vorgelegt wird.

Oberbürgermeister Schnurr und Frau Bergmaier betonen, dass man an der Erarbeitung ist und dass er nach der Sommerpause vorgelegt wird.

## **Klimaschutzkonzeption**

Stadtrat Oberle berichtet von seiner Teilnahme an einem Workshop zur Energiewende und fragt nach der Möglichkeit, ob man die Energieverbräuche und die CO<sup>2</sup>-Einsparungen nach energetischen Sanierungsmaßnahmen darstellen kann. Damit könnte man diesen Workshops noch mehr Schub verleihen. Als Beispiel nennt er die durchgeführte Sanierung in der Bachschloss-Schule.

Oberbürgermeister Schnurr sagt zu, dass man prüfen wird, ob und wie dies machbar ist. Er verweist darauf, dass man bereits einige Gebäude saniert hat, was sich sicherlich in der Energiebilanz abzeichnet.

## **Hauptstraße**

Stadträtin Dr. Burget-Behm berichtet von ihren Erfahrungen beim Besuch von älteren Menschen, die immer wieder Schwierigkeiten haben, die Hauptstraße im Innenstadtbereich zu überqueren. Sie erklärt den Betroffenen zwar, dass hier kein Zebrastreifen möglich ist, bittet aber darum, darüber nachzudenken, ob man nicht doch anderweitige Verbesserungen erreichen kann, z.B. durch mehr Verkehrskontrollen.

Oberbürgermeister Schnurr bestätigt, dass dies ein Thema ist, dass die Verwaltung ständig beschäftigt.

Zur Beglaubigung:

Der Oberbürgermeister

Die Stadträte/innen:

Hubert Schnurr

Der Schriftführer:

Reinhard Renner